SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/128

11. Juli 1977

Das Fundament hat gehalten

Zum 71. Geburtstags Herbert Wehners

Von Bruno Friedrich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Initiativen für mehr Arbeitsplätze

DGB-Vorschläge zur Arbeitsmarktpolitik verdienen eingehende
Prüfung

Von Dr. Reinhard Strehlke
Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Seite 3 und 4 / 75 Zeilen

Urteil setzt neue Maßstäbe für das Steuerrecht

Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die sozialdemokratischen
Grundsätze des Familienlastenausgleichs

Von Dr. Hubert Weber MdB
Mitglied des Bundestags-Finanzausschusses

Seite 5 und 6 / 72 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussbügel 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 98/39
Telex: 88 85 846-88 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 86 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Das Fundament hat gehalten

Zum 71. Geburtstag Herbert Wehners

Von Bruno Friedrich HdB

Stellvertr. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Herbert Wehner wird heute 71 Jahre alt. Aus Anlaß seines 70. Geburtstages, vor einem Jahr also, wurden zu seinem Leben in einem Buch "Beiträge zu einer Biographie" veröffentlicht, eingeleitet von Willy Brandt, unter den Autoren Helmut Schmidt, Ernst Bloch, Tage Erlanger, Johann Gradl, Gustav Heinemann, Wolfgang Mischnick, Jean Monnet, Kurt Scharf, Carlo Schmid, - mit anderen.

Was, so ist am 71. Geburtstag zu fragen, kann sich vom 70. zum 71. Geburtstag an einer Persönlichkeit wie Herbert Wehner ändern? Die Entschiedenheit seines Charakters und sein Wille, ein als richtig erkanntes Ziel anzu- steuern, haben sich nicht verändert. Ernst Bloch schrieb vor einem Jahr dazu: "... ergebendste Grüße für das Geburtstagskind, von dessen einschlagender und intuitionsreicher Frische ich immer aufs Neue erfreut und betroffen bin." Ernst Bloch müßte davon ein Jahr später nichts abstreichen. Rudolf Augstein läßt 1977 zum Geburtstag Herbert Wehners in seinem Magazin etwas anderes schreiben als er 1976 selbst geschrieben hat. Aber zwischen Ernst Bloch und Rudolf Augstein gibt es nicht nur in der Beurteilung Herbert Wehners Unterschiede.

Was Herbert Wehner wirklich wollte und will ist, daß deutsche Geschichte zwischen 1914 und 1945, daß eine Fehlentwicklung dieser Dimension sich nicht wiederholen darf. Dies ist die Konsequenz seiner Lebenserfahrung. Eine regierungsfähige Sozialdemokratie war der für dieses Ziel notwendige logische Schritt.

Es ist das Ziel, daß er auch nach dem 70. Geburtstag unbeirrt und beharrlich weiterverfolgt. Der Vorsprung der sozialliberalen Koalition bei der Bundestagswahl 1976 war knapper als 1969; die auch deshalb unausweichbaren Belastungen im ersten Regierungsjahr dieser Periode erzeugten eine starke Spannung, die gelegentlich zur Tortour zu werden drohte. Die Koalition hat dies ausgehalten, die ununterbrochene Regierungsverantwortung der SPD nähert sich dadurch einem Alter, das am Ende dieser Bundestagsperiode dem Alter der Weimarer Republik

oder dem der Adenauer-Zeit vergleichbar sein wird. Die SPD als Regierungspartei, die sozialliberale Koalition, ist, so betrachtet, für die Bundesrepublik bereits ein historisches Modell, das die Adenauer-Ära abgelöst hat und nicht eine Übergangsphase zu einer neuen CDU/CSU-Führung.

Bei allen akuten Schwierigkeiten für die sozialliberale Regierung oder die SPD als Partei ist es der Union bis heute nicht gelungen, ein überzeugendes Gegenmodell zu entwickeln. Nach Ludwig Erhard, Kurt-Georg Kiesinger, Rainer Barzel gilt auch Helmut Kohl bereits heute als ein an dieser Aufgabe gescheiterter Politiker. Als Nachfolger wartet Alfred Dregger.

Das Godesberger Fundament der SPD, von Herbert Wehner mit errichtet, hat gehalten und die von ihm geführte SPD-Bundestagsfraktion wurde im Regierungsbau zum Gewölbe, das den Kanzler trägt. Freilich ein Gewölbe, aus dem keine Steine brechen dürfen, soll das Ganze halten. Dies der Fraktion bewußt zu machen, ist dem Fraktionsvorsitzenden in den letzten Wochen überzeugend gelungen. Die breite Verjüngung in der Fraktionsverantwortung wird mithelfen, daß Partei, Fraktion und Regierung nicht auseinanderdriften, sondern wieder enger zusammenwachsen. Dieser nicht minder wichtige Beitrag Herbert Wehners ist mit die Voraussetzung für einen neuen Aufbruch der SPD. Für einen 71jährigen mag der Schritt vom 70. zum 71. Geburtstag ein unbedeutender Schritt erscheinen, aber der politische Schritt der Bundesrepublik vom Juli 1976 zum Juli 1977 wird in seiner politischen Tragweite bedeutsamer sein als man es heute allgemein akzeptiert. Herbert Wehner kann auch im 71. Lebensjahr für sich in Anspruch nehmen, Entscheidendes für die Fraktion, die Partei und unser Land geleistet zu haben. Wir nehmen seinen Geburtstag zum Anlaß, ihm auch dafür zu danken.

(-/11, 7. 1977/bgy/hgs)

+ + +

Initiativen für mehr Arbeitsplätze

DGB-Vorschläge zur Arbeitsmarktpolitik verdienen eingehende Prüfung

Von Dr. Reinhard Strehlke

Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) spricht sich in seinem gerade angekündigten Programm für Vollbeschäftigung für den sofortigen Einsatz aller beschäftigungswirksamen Maßnahmen aus. Man wird dem DGB nur zustimmen können, wenn er zur Wiederherstellung und Erhaltung der Vollbeschäftigung ein hohes und stetiges Wirtschaftswachstum fordert. Die Wiedergewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes, die Deckung des Ausbildungsbedarfs der geburtenstarken Jahrgänge und deren anschließende Berufstätigkeit werden insbesondere nur dann gesichert sein, wenn in nächster Zukunft qualifizierte Arbeitsplätze in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Innerhalb dieser Aufgabenstellungen darf kein wichtiger Politikbereich beschäftigungsneutral gesehen werden. Insbesondere Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik müssen sich ebenso wie die Arbeitsmarktpolitik am Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes orientieren und sich daran auch messen lassen.

Neben der Einleitung kurzfristiger Maßnahmen ist die Entwicklung mittel- und längerfristiger Strategien für moderne und bessere Produktionsstrukturen von hoher aktueller gesamtwirtschaftlicher Bedeutung.

Auch die Vorschläge des DGB zur gerechteren Verteilung der jetzt angebotenen Arbeit verdienen eine eingehende Prüfung.

Aus bildungspolitischer Sicht ist eine Verlängerung der Schulpflichtzeit zu befürworten, wenn es sich um ein berufsorientiertes 10. Schuljahr handelt und damit die Grundqualifikation der in ein berufliches Ausbildungsverhältnis oder in das Beschäftigungssystem unmittelbar eintretenden Jugendlichen verbessert. Die Erfahrung gerade der letzten Zeit hat gezeigt, daß nichtqualifizierte Arbeitnehmer besonders schwer zu vermitteln sind. Sicherlich dürften die damit verbundenen Probleme nicht unbeachtet bleiben. Neben der Frage der Finanzierung wird es darauf ankommen, der Rückbildung von Ausbildungskapazitäten entgegenzuwirken, die dann eintreten können, wenn ein ganzer Jahrgang aufgesogen und damit vorhandene Ausbildungsstellen ein Jahr lang nicht besetzt werden können.

Es kommt hinzu, daß nach der einheitlichen Einführung des 10. Schuljahres aufgrund des Verzögerungseffektes gerade in den Jahren 1982 bis 1985 mehr Absolventen von Hauptschulen in das berufliche Bildungswesen einströmen würden. Das sind aber gerade diejenigen Jahre, in denen auch die Zahl der Abiturienten am höchsten sein wird und in denen dadurch die Konkurrenzsituation der Hauptschüler bei der Besetzung von Ausbildungsstellen beeinträchtigt werden könnte. Es dürfte daher naheliegen, zunächst die Einführung

des 10. Schuljahres nur für die Schulabsolventen vorzusehen, die keine betriebliche Ausbildungsstelle finden.

Die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf 60 Jahre hätte sicherlich Arbeitsmarkteffekte. Der Entzugseffekt ist jedoch schwer abzuschätzen, weil zweifelhaft ist, ob in der augenblicklichen Situation mit hohen Kapazitätsreserven die freigemachten Plätze auch verfügbar bleiben und nicht wegrationalisiert werden. Außerdem stellt sich die Frage, ob es gesellschaftspolitisch vertretbar ist, auch leistungsbereite ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben herauszudrängen, indem bei Arbeitsplatzmangel Druck auf die älteren Arbeitnehmer ausgeübt wird, von dem Angebot eines früheren Rentenbeginns auch Gebrauch zu machen. Daneben müßte natürlich auch die Frage beantwortet werden, wer die finanziellen Lasten zu tragen hat. Nach überschlägigen Berechnungen würde diese Maßnahme bis 1980 bis zu mehreren Milliarden kosten.

Sorgfältig sollte die Möglichkeit eines Überstundenabbaus geprüft und angegangen werden. Eine arbeitsmarktpolitische greifende Arbeitszeitverkürzung müßte über den bereits bestehenden Trend zu Arbeitszeitverkürzungen hinausgehen. In den mittelfristigen Projektionen ist eine Verkürzung von 0,7 Prozent jährlich eingerechnet. Sollte sich ein Spielraum für weitere Verkürzungen ergeben, so sollten diese vor allem durch tarifliche Vereinbarungen ausgefüllt werden. Hierbei können Übersteuerungsgefahren vermieden und Branchenbesonderheiten eher berücksichtigt werden, als durch gesetzliche Regelungen.

In der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 und im Jahreswirtschaftsbericht hat die Bundesregierung ihren Willen bekräftigt, das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen im öffentlichen Dienst zu erweitern. Mit der Verstärkung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gerade für den Bereich der sozialen Dienste hat die Bundesregierung einen wichtigen Schritt auf diesem Wege getan.

Das von der Bundesregierung beschlossene Programm für Zukunftsinvestitionen in Höhe von 16 Milliarden DM, die Aufstockung des Regionalprogramms im sozialen Wohnungsbau zum Bau von zusätzlich 30.000 Wohnungen und die Verstärkung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um 600 Millionen DM lassen in der zweiten Jahreshälfte konjunkturanregende Wirkungen erwarten. Es kommt jetzt darauf an, dieses Programm schnell und umfassend anlaufen zu lassen. Den ersten Schritt hat die Bundesregierung damit getan. Auf diesem Wege muß beherzt weitergegangen werden.

(-/11.7.1977/vo-ha/

Urteil setzt neue Maßstäbe für das Steuerrecht

**Das Bundesverfassungsgericht bestätigt die sozialdemokratischen
Grundsätze des Familienlastenausgleichs**

**Von Dr. Hubert Weber MdB
Mitglied des Bundestags-Finanzausschusses**

Das Bundesverfassungsgericht hat durch Beschluß vom 8. Juni 1977, der am 5. Juli 1977 veröffentlicht worden ist, zur steuerlichen Behandlung der Unterhaltsleistungen Geschiedener, getrennt lebender Ehegatten und Unverheirateter für nicht in ihrer Obhut stehende Kinder Stellung genommen. In seinem Beschluß stellt das Bundesverfassungsgericht fest, daß wesentliche Vorschriften der Steuerreform der sozialliberalen Regierung mit Art. 6 Grundgesetz vereinbar sind; so z.B. die Bestimmung, daß kinderbedingte Vorteile nicht doppelt gewährt werden dürften.

Als sachlich nicht gerechtfertigt erscheint dem Gericht, wenn der angehobene Höchstbetrag für abzugsfähige Vorsorgeaufwendungen sowie die Vorsorgepauschale in voller Höhe nur einem Elternteil gewährt wird, obwohl der andere Elternteil häufig die finanziellen Aufwendungen für die Sicherung der Vorsorge zu tragen habe, die dem Kind unmittelbar zugutekommen. Bei den übrigen steuerlichen Erleichterungen, mit denen die Minderung der Leistungsfähigkeit durch den Unterhalt für Kinder berücksichtigt wird, hätte nach diesem Urteil derjenige Elternteil im Gesetz nicht völlig ausgeschlossen werden dürfen, der das Kind nicht betreut.

Dies gilt für die Herabsetzung der zumutbaren Eigenbelastung, für die Gewährung eines Bausparvertrages, für auswärts untergebrachte Kinder, für die Möglichkeit zur Übertragung des Pauschbetrages für körperbehinderte Kinder. Die Erhöhung der Einkommensgrenze für prämiengünstigtes Sparen trägt nach Ansicht des Verfassungsgerichts dem Umstand Rechnung, daß der Gesetzgeber in Familien mit Kindern auch ein höheres Einkommen als förderungswürdig betrachtet. Dies müsse auch für den nicht sorgeberechtigten, lediglich den finanziellen Unterhalt bestreitenden Elternteil gelten, der in seiner Sparfähigkeit ebenfalls beeinträchtigt werde.

Die SPD-Fraktion kann diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nur begrüßen. Sie entspricht den politischen Grundsätzen, die in der Steuer-

reform und in der Regelung des Familienlastenausgleichs zum Ausdruck gekommen sind. Der Verfasser dieser Zeilen ist deshalb erfreut über die Entscheidung, weil sie seinen mehrfach in Funk und Fernsehen geäußerten Vorstellungen entspricht. Der Verband der unterhaltspflichtigen Väter und Mütter, der sich aus kleinen Verhältnissen zu dieser Gemeinschaft zusammengerauft hat, kann zu Recht einen Teilerfolg für sich verbuchen. Die Ministerialbürokratie des Finanzministeriums einschließlich der Staatssekretäre ist durch dieses Urteil für ihr selbstherrliches Verhalten gegenüber diesem Verband zu Recht in ihre rechtsstaatlichen Schranken verwiesen worden.

Politisch bedeutet das Urteil: Das Bundesverfassungsgericht bestätigt ausdrücklich, daß die Beseitigung der Freiheitsbeträge und die Ersetzung durch ein einheitliches Kindergeld rechtens ist. Dadurch wird der vor der Steuerreform geltende unbefriedigende Zustand auch verfassungsrechtlich beendet, daß die Eltern mit niedrigen Einkommen eine geringere Entlastung für ihre Kinder erhalten als die Eltern mit höheren Einkommen.

Nach altem Recht wurden Kinderfreibeträge und die sonstigen steuerrechtlichen Vergünstigungen für Kinder von Eltern, die in ehelicher Gemeinschaft leben, insgesamt nur einmal zugebilligt. Demgegenüber wurden diese Vergünstigungen für Kinder in den Fällen geschiedener wie auf Dauer getrennt lebender Eltern jedem Elternteil zuerkannt, also zweimal. Diese bevorzugte steuerliche Behandlung wurde durch die Steuerreform beseitigt. Deshalb ist die Bestätigung dieser Reformregelung, nach der steuerliche Vergünstigungen für jedes Kind einmal zu gewähren sind, durch das Bundesverfassungsgericht zu begrüßen.

Der Finanzausschuß hat sich auf Antrag der SPD-Fraktion schon in der 7. Wahlperiode mit einer Anpassung der Geschiedenen-Regelung befaßt. Der Finanzausschuß hat hierzu in seinem Protokoll Drucksache 7/5331 festgestellt: "Der Ausschuß ist einmütig der Auffassung, daß die Besteuerung grundsätzlich nach der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen zu erfolgen hat. Insofern wird es als Nachteil angesehen, daß geschiedene und getrennt lebende Unterhaltspflichtige ungeachtet ihrer Unterhaltsleistung im steuerlichen Bereich und bei bestimmten öffentlichen Leistungen - etwa bei den Spar- und Bauwohnungsprämien und beim Wohngeld - den unverheirateten und alleinstehenden gleichgestellt sind. Besonders problematisch erscheint die derzeitige Regelung in den Fällen, nach denen in einer Scheidung oder Trennung der nicht zum Unterhalt verpflichtete Ehegatte, dem das Sorgerecht über die Kinder zugesprochen ist, ein steuerpflichtiges Einkommen nicht oder nur in geringem Umfang bezieht, so daß auch er, abgesehen vom Kindergeld, nicht oder nur unwesentlich in den Genuß steuerlicher Vergünstigungen durch die sogenannten Kinderadditive kommt."

Mit diesem Beschluß liegt der Finanzausschuß auf der Linie der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.

Die Bundesregierung hat mit einem Freibetrag von 600 DM im Steuerpaket 1977 bereits einen Anfang gemacht, die Härten zu beseitigen. Es ist nunmehr an der Bundesregierung, einen diesem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes entsprechenden Gesetzesentwurf dem Bundestag umgehend zuzuleiten.

(-/11.7.1977/va-he/